

16. OKTOBER 2012

Gefährliche Tage am Abgrund



Die Raketenkrise in der Karibik im Herbst 1962. Teil I: Beginn und Verlauf

Horst Schäfer

Am 4. Oktober 1962 war US-Präsident John F. Kennedy offensichtlich unzufrieden. Trotz fast zwölfmonatiger intensiver militärischer und geheimdienstlicher Vorbereitungen der »Operation Mongoose« mit dem Ziel der »Beseitigung des Kommunismus« in Kuba, die bereits mehr als 50 Millionen Dollar verschlungen hatten, schien die karibische Insel immer noch nicht reif für den geplanten

Einzug der US-Soldaten in Havanna. Die elf CIA-Sabotageteams auf der Insel mit einer Stärke bis zu 250 Mann, über deren Einsatz der Chef von Mongoose, General Edward Lansdale, noch am 25. Juli dem Präsidenten stolz berichtet hatte, waren aufgerieben. Es gehe in Kuba »nicht voran«, beschwerte sich Kennedy. Anfang November standen Kongreßwahlen vor der Tür, und er erhoffte sich durch die »Lösung der Kuba-Frage« warmen Wind zugunsten der Demokratischen Partei im Repräsentantenhaus und im Senat.

Also forderte Justizminister Robert Kennedy am selben Tage CIA und General Lansdale im Namen seines Präsidenten-Bruders nachdrücklich auf, mehr Sabotageakte in Kuba durchzuführen. Zu den »massiven Aktionen«, so geht aus Protokollen vom Weißen Haus und der CIA hervor, sollte auch gehören, die kubanischen Häfen zu verminen sowie kubanische Soldaten zum Verhör in die USA zu verschleppen. In vielen dieser Dokumente sind noch 50 Jahre danach Namen, ganze Sätze, Absätze und sogar Seiten geschwärzt. Robert Kennedy übernahm persönlich den Vorsitz der Special Group Augmented (SGA), dem vom Präsidenten gegründeten Leitungsgremium für die Mongoose-Invasion, den bisher Generalstabschef Maxwell Taylor innehatte. Sechs Tage später verlieh der Präsident seiner Forderung erneut Nachdruck, als er den Militärs und Geheimdienstlern erklärte: »Wir müssen etwas Drastisches in bezug auf Kuba unternehmen.«

Aggression geplant

Dieser Forderung entsprach der schon lange vorbereitete und am 12. Oktober 1962 in Kraft getretene Schlachtplan der militärischen Führung für die Kuba-Operation. Er sah die Einkreisung Kubas mit 24 bis 36 Zerstörern sowie Flugzeugträgerereinheiten vor, Luftangriffe mit 450 bis 500 Flugzeugen sowie den Einsatz von Fallschirmjägern und Landungseinheiten der Marine mit zunächst 30000 Soldaten, die dann auf 180000 verstärkt werden sollten. Damit sich dieser gewaltige Aufmarsch formieren konnte, sollte ein großes US-Manöver in der Karibik den für die Invasion nötigen Nebelvorhang garantieren. Das Manöver begann am 15. Oktober mit 40 Kriegsschiffen, 20000 Seeleuten und 4000 Marines, der Invasionstruppe der USA. Es trug die Codebezeichnung PHIBRIGLEX-62, und das State Department merkte in seiner Dokumentensammlung dazu an: »Ziel der Übung war die Durchführung eines Landeangriffs. Die erklärte Absicht des Angriffs war der Sturz des angenommenen Tyrannen ›Ortsac‹ – Castro rückwärts buchstabiert.« Am selben Tag befahl die SGA »höchste Anstrengungen, (...) um das Castro-Regime loszuwerden«.

Bereits am 1. Oktober hatte das Oberkommando für die Atlantik-Streitkräfte (CINCLAND) »verstärkte Bereitschaft« der US-Militäreinheiten für Luftangriffe auf Kuba angeordnet. Am 6. Oktober wurden alle an einer Invasion beteiligten Streitkräfte ebenfalls in verstärkte Bereitschaft versetzt. Das Nationale Sicherheitsarchiv (NSA) zitiert dazu aus einem Bericht des Oberkommandos: »Mit den neuen Befehlen ist die Bereitstellung von Truppen, Flugzeugen,

Schiffen und anderer Ausrüstung und Nachschub darauf gerichtet, (...) nach Luftangriffen mit einer vollen Invasion der Insel zu beginnen.« Curtis LeMay, der Generalstabschef der US-Luftwaffe, hatte als Datum für die Beendigung aller Vorbereitungen für diesen Angriff den 20. Oktober festgelegt.

Jedenfalls deutete Anfang Oktober 1962 alles darauf hin, daß die Verwirklichung des von CIA-Chef John McCone sechs Wochen zuvor, am 21. August, vorgelegten »Aktionsplans« näher rückte, in dem eine »aggressivere Aktion« mit folgendem Ziel angekündigt worden war: »Mit ausreichenden Streitkräften das Land besetzen, das Regime zerstören, die Menschen befreien.« Bereits am Vortag hatte Generalstabschef Taylor dem Präsidenten klargemacht, daß keine Chance bestehe, Castro ohne eine militärische Okkupation der USA zu überwältigen. Offenbar stand der große US-Militärschlag gegen Kuba unmittelbar bevor, genau wie es General Lansdale Anfang des Jahres als Krönung der »Operation Mongoose« geplant hatte und wie es von Präsident Kennedy genehmigt worden war. Doch dann zerplatzten vorerst alle interventionistischen Blümenträume. Am 16. Oktober, etwa 9.15 Uhr, erhielt der Präsident folgende Nachricht: Ein U2-Spionageflugzeug der CIA habe in Kuba sowjetische Mittelstreckenraketen und Abschlußrampen entdeckt. Im Weißen Haus in Washington machte Justizminister Robert Kennedy seiner Wut über die durchkreuzten Invasionspläne Luft, indem er – so ist es überliefert – schimpfte: »Oh shit! Shit! Shit! Diese russischen Hurensöhne.« Die gefährlichen Tage der sogenannten Raketenkrise hatten begonnen.

Invasion oder Blockade?

Die erste Reaktion Washingtons auf die durch Spionagefotos der U2 aufgedeckte (und dann bis zum 22. Oktober geheimgehaltene) Stationierung sowjetischer Raketen war, am 16. Oktober 1962 ein neues Komitee ins Leben zu rufen: das ExComm, ein Exekutivkomitee des Nationalen Sicherheitsrates (NSC), dem ein Dutzend von Präsident Kennedy ernannte engste Berater angehörte. Es entsprach in etwa einer Notstandsregierung. Von Anfang an standen dort vier Optionen zur Debatte: 1. Die Raketenstellungen durch Luftschläge zerstören; 2. Größere Luftangriffe auf verschiedene militärische Ziele führen; 3. Die im Rahmen von Mongoose geplante Invasion unverzüglich einleiten; 4. Eine Seeblockade Kubas beginnen. Diese Optionen wurden auch in den folgenden Tagen hin und her gewendet, wobei insbesondere die führenden Militärs Luftschläge und Invasion befürworteten. Generalstabschef Maxwell Taylor sagte am 19. Oktober in einem Treffen des Vereinigten Generalstabs mit dem Präsidenten etwas, was in dieser Runde viele dachten: »Wenn sie (in Kuba) diese Raketen haben, dann können wir nie wieder über eine Invasion reden.«

Bei einem schon lange vereinbarten Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko am 18. Oktober erwähnte Kennedy die ausgespähten Raketenstellungen nicht. Gromyko versicherte aber, daß es sich bei der sowjetischen Hilfe für Kuba nur darum handle, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erhöhen, eine Aussage, die das Nationale Sicherheitsarchiv an der Universität Washington 40 Jahre später in zahllosen sowjetischen Geheimdokumenten über die Raketenkrise bestätigt fand.

Wegen einer angeblichen »Erkrankung der oberen Luftwege« beendete Kennedy am 20. Oktober seine Wahlkampfreisen. Im Weißen Haus wartete schon die ExComm-Runde auf ihn. Unter anderem ordnete der Präsident an, vier taktische Fliegerstaffeln für einen möglichen Luftschlag gegen Kuba zu alarmieren. Ein Mitglied des Generalstabs schlug laut Protokoll vor, auch Atomwaffen gegen Kuba einzusetzen. Doch Kennedy ging darauf nicht ein. Er stand vor der Frage, was er in einer für den 22. Oktober geplanten Fernsehansprache – drei Wochen vor den Wahlen – sagen sollte: Krieg oder Blockade? Zwei der bekanntesten Senatoren der Demokratischen Partei, William Fulbright und Richard B. Russel, lehnten die Blockade als zu weich ab und plädierten für Luftangriffe und die Besetzung Kubas durch die USA.

Dagegen hatte der UN-Botschafter und ehemalige Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson Kennedy bereits am 17. Oktober in einem Memorandum vor einem Krieg wegen der sowjetischen Raketen auf Kuba gewarnt und erklärt: »Wenn wir eine Raketenbasis in der Türkei und an anderen Plätzen rund um die Sowjetunion haben, dann haben sie sicherlich das Recht auf eine in Kuba.« Sein Vorschlag, nicht nur die US-Raketen aus der Türkei abzuziehen, sondern auch den Militärstützpunkt Guantánamo aufzugeben, lehnte der Präsident umgehend ab. Noch am selben

Tag beschloß Kennedy, seinem Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York den ehemaligen Hochkommissar in Deutschland, John McCoy, als Aufpasser an die Seite zu setzen. Kennedy hatte kein Vertrauen mehr zu Stevenson und hielt ihn angesichts der erwarteten Verhandlungen in der UNO über die Lösung der Raketenkrise für zu schwach.

Als Generalstabschef Taylor und Luftwaffenchef Sweeney am nächsten Tag dem Präsidenten erklärten, mit Luftangriffen könnten höchstens 90 Prozent der sowjetischen Raketenstellungen zerstört werden und dafür seien mehrere hundert Bombereinsätze nötig, schien ihm diese Option zum jetzigen Zeitpunkt zu gefährlich für die USA. Die Waage neigte sich in Richtung Blockade, denn damit konnte man außerdem noch Zeit gewinnen.

Am 22. Oktober informierte Kennedy die US-Öffentlichkeit in einer 17minütigen Fernsehrede über die Entdeckung von angeblich »offensiven« Raketenstellungen auf Kuba und kündigte für den 24. Oktober eine Blockade für alle Schiffe mit vermuteten Ladungen von Raketenteilen und anderem offensiven Rüstungsmaterial an. Sie sollten beim Passieren einer von fast 30 Kriegsschiffen, darunter drei Flugzeugträger, gezogenen Linie in internationalen Gewässern vor Kuba durchsucht werden – ein gegen das See- und Völkerrecht verstoßender Akt der Piraterie. Außerdem ordnete der Präsident die Erhöhung der Alarmbereitschaft aller Truppenteile an, insbesondere auch der mehrere hundert Maschinen umfassenden Atombombenflotte sowie die Verstärkung der Militärbasis Guantánamo auf Kuba mit Marineinfanteristen.

Welche Angst Kennedy andererseits vor Provokationen aus den eigenen Reihen hatte, geht auch aus einem erstaunlichen Befehl an die Kommandanten der »Jupiter«-Atomraketenstellungen in Italien und der Türkei hervor. Sie wurden in persönlichen Botschaften aufgefordert, die Raketen entweder zu zerstören oder sie unbrauchbar zu machen, falls irgendjemand einen Feuerbefehl geben würde, der nicht von ihm, dem Präsidenten, ausdrücklich autorisiert worden sei.

Am 23. Oktober erhöhten die USA die Zahl ihrer Spionageflüge über Kuba beträchtlich und gingen neben dem verstärkten Einsatz der U2 auch zur Überwachung Kubas aus niedrig fliegenden Maschinen über. Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow protestierte in Telegrammen an Kennedy gegen die US-Blockade internationaler Gewässer, nannte sie »einen Akt der Aggression«, eine ernsthafte Bedrohung von Frieden und Sicherheit, und stellte ausdrücklich klar, daß die sowjetischen Raketen – »unabhängig von ihrer Klassifizierung« – nur der Verteidigung gegen einen Angriff der USA dienten, auf Wunsch Kubas installiert worden seien und sofort überflüssig würden, wenn die USA auf ihre Angriffspläne verzichteten und ihrerseits die auf die Sowjetunion gerichteten US-Raketen aus der Türkei abzögen.

Die von Präsident Kennedy beschlossene Schiffsblockade, die von den USA als »Quarantäne« bezeichnet wurde, begann am 24. Oktober um zehn Uhr. Ministerpräsident Chruschtschow schlug zur selben Zeit in einem Telegrammaustausch mit dem britischen Philosophen, Nobelpreisträger und Friedensaktivisten Bertrand Russel ein Gipfeltreffen mit dem Ziel vor, die Zuspitzung des Konflikts und damit einen drohenden Atomkrieg zu verhindern. Der US-Präsident erklärte gegenüber seinem Bruder, wenn er nicht die Blockade angeordnet hätte, wäre er aus dem Amt gejagt worden. UN-Generalsekretär U Thant appellierte auf Vorschlag von 40 nichtpaktgebundenen Staaten an Chruschtschow und Kennedy, »auf Maßnahmen zu verzichten, die die Situation verschärfen und das Risiko eines Krieges mit sich bringen könnten«. In Washington forderte Kennedy das Pentagon auf, für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung die Zivilverteidigung der USA zu verstärken. Das Strategische Luftfahrtkommando (SAC) erhöhte auf Anweisung des US-Generalstabs erneut die Alarmstufe – und zwar erstmalig in ihrer Geschichte auf »DEFCON 2«, die zweithöchste Stufe der Alarmbereitschaft.

Die »Völkerfreundschaft«

Obwohl die Lage also sehr angespannt war und die Gefahr eines Krieges bestand, gab es im Notstandskabinett ExComm am folgenden Tag, dem 25. Oktober, eine ausführliche Diskussion über ein Passagierschiff der DDR, die »Völkerfreundschaft«, das sich mit 500 Touristen auf dem Weg nach Havanna der Blockadefront der Kriegsschiffe näherte. Schon die unvollständige Wiedergabe der langen und lebhaften Debatte nimmt in dem Buch »The Kennedy Tapes« über die

faszinierenden Tonbandprotokolle des US-Präsidenten sechs eng beschriebene Seiten ein. Verteidigungsminister McNamara berichtete, das Schiff sei am 11. Oktober in Rostock gestartet, habe »1500 (sic!) Industriearbeiter« an Bord sowie 25 ostdeutsche Studenten und werde vom US-Zerstörer Pierce begleitet. Für McNamara ergaben sich viele Fragen, darunter: »Sollen wir es anhalten und einer Inspektion unterwerfen? Wenn es nicht anhält, sollen wir es passieren lassen, ohne es zum Halten zu zwingen, oder sollen wir es zwingen? Und wenn wir gezwungen sind, es anzuhalten, sollen wir dann feuern (...)? Wenn wir schießen, das Schiff mit 1500 Passagieren beschädigen und wir finden keine verbotene Ladung, haben wir dann nicht unsere Position geschwächt?«

Fast jeder in der Runde hatte etwas zur »Völkerfreundschaft« zu sagen. Justizminister Robert Kennedy gab zu bedenken, ein unkontrolliertes Passierenlassen des DDR-Schiffs könnte den USA als Schwäche ausgelegt werden. Einer warf die Frage auf, ob nicht Raketentechniker an Bord seien. Darauf fragte Kennedys Chefberater Ted Sorensen: »Wie kann man einen Raketen-Techniker von einem Landwirtschaftstechniker unterscheiden?« Der Präsident meinte, der einzige Grund, die »Völkerfreundschaft« zu kontrollieren, sei der, »daß wir früher oder später beweisen müssen, daß die Blockade funktioniert«. Außenminister Dean Rusk warnte, wenn die »Völkerfreundschaft« beschossen werde und dann vielleicht sogar mit 1500 Leuten sinke, »dann sind wir in einer wenig beneidenswerten Lage«. Schließlich erinnerte John F. Kennedy daran, daß für den nächsten Morgen Verhandlungen mit UN-Generalsekretär U Thant geplant seien und ordnete an: »Morgen wollen wir das Schiff nicht versenken. Ich denke, wir können es passieren lassen.« Zuvor hatte CIA-Chef McCone ärgerlich berichtet, daß der sowjetische Tanker »Bukarest«, der von der Blockade nicht betroffen war, im Hafen von Havanna bejubelt und gefeiert wurde.

Erstaunlich ist: Auch nach 50 Jahren sind zwei Zeilen vom Verteidigungsminister und fünf Zeilen der Äußerungen vom Generalstabschef und dem CIA-Chef über die Vorgehensweise gegen das DDR-Schiff – insgesamt eine Minute und 22 Sekunden Bandmitschnitt – immer noch nicht freigegeben worden. Was mögen die drei ExComm-Mitglieder damals vorgeschlagen haben? Was soll heute noch verborgen bleiben?

»Schwertschneiden«

Am Morgen des 26. Oktober erklärte der US-Präsident vor dem ExComm, die Blockade alleine werde wohl nicht zum gewünschten Erfolg, dem Abzug der sowjetischen Raketen, führen – dazu sei entweder eine Invasion nötig oder aber »ein Handel« mit der UdSSR. Damit meinte er offenbar den Abzug der Jupiter-Raketen aus der Türkei. Nach einer langen Diskussion über Luftangriffe gegen Kuba veranlaßte Kennedy, die Zahl der illegalen Überflüge der Insel insbesondere im Niedrigflugbereich von bisher zwei auf künftig zwölf pro Tag zu erhöhen. Der Generalstab legte seinen bevorzugten Plan »Scabbards« (Schwertschneiden) vor: Massive Luftangriffe auf Kuba, die zwölf Stunden nach dem Befehl des Präsidenten beginnen könnten und sieben Tage andauern sollten, »dann würden die Truppen an Land gehen«. Im Laufe des Tages wurde die Zahl der Bombenangriffe für den ersten Tag der Invasion auf 1190 erhöht. John F. Kennedy forderte vom Außenministerium, das bereits geplante »Crashprogramm« gegen Kuba fortzusetzen mit dem Ziel, nach Invasion und Okkupation der Insel dort eine neue Regierung einzusetzen. Der Verteidigungsminister trug dann etwas zur Dämpfung der Invasionseuphorie bei, als er darauf verwies, daß laut Angaben der Militärs bis zu 18484 US-Soldaten in den ersten zehn Tagen der Invasion sterben würden. Unklar bleibt, worauf sich diese »Berechnung« stützte.

Ebenfalls am 26. Oktober kam das Problem einer US-Invasion Kubas erneut in der Sitzung des ExComm zur Sprache. John F. Kennedy verwies darauf, daß Brasilien einen Plan vorgelegt habe, »der nicht nur eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika verlangt, sondern auch eine Garantie der territorialen Integrität aller lateinamerikanischen Staaten einschließt«. Laut Protokoll gab es über die brasilianische Haltung einen interessanten Wortwechsel zwischen dem Präsidenten und seinem Außenminister: »Er (Kennedy) fragte, ob wir uns verpflichten könnten, Kuba nicht zu überfallen. Minister Rusk erläuterte, daß wir verpflichtet sind, Kuba nicht zu überfallen, weil wir die UN-Charta und den Vertrag von Rio unterzeichnet haben.« Kennedy und die US-Regierung waren sich also

ihres völkerrechtswidrigen Vorgehens gegen Kuba voll bewußt.

Selbst der konservative britische Premierminister Harold Macmillan, mit dem der Präsident während der Krise jeden Abend telefonierte, meldete vorsichtige Bedenken gegen die Kuba-Politik der USA an und machte Vorschläge, die Kennedy gar nicht begeisterten. In einem Telefongespräch am 26. Oktober, beschrieben in Dokument 87 der Dokumentensammlung des US-Außenministeriums, schlägt Macmillan vor, Kuba die »internationale Zusage als unantastbares Land« zu geben und setzt hinzu: »Wir alle garantieren seine Neutralität und Unverletzlichkeit«. Auf die anschließende Frage des Premiers an Kennedy: »Wäre das eine Möglichkeit?« antwortet der US-Präsident sehr zurückhaltend, er werde »darüber nachdenken«, meint dann aber eher ablehnend: »Das würde Castro an der Macht lassen.« Auch im ExComm kreiste die Diskussion an diesem Tag immer wieder um die Frage, daß ja der angestrebte Abzug der sowjetischen Raketen nicht das Hauptproblem für die USA löse, also das revolutionäre Kuba danach noch nicht verschwunden sei.

Post von Chruschtschow

In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober trafen in Washington zwei Briefe von Ministerpräsident Chruschtschow ein, ein langer sehr persönlicher an den US-Präsidenten, der von Justizminister Kennedy als »emotional« beschrieben wurde, ein zweiter, ebenfalls an Kennedy. Beide Schreiben lösten im Weißen Haus am Abend, aber dann insbesondere am nächsten Morgen, hektische Aktivität aus. Jedermann benötige Frieden, schrieb der Vorsitzende des Obersten Sowjet der UdSSR, auch Kapitalisten, »wenn sie nicht den Verstand verloren haben«. Ein Krieg sei Feind und Unglück aller Nationen, betonte er und fragte Kennedy: »Welche Vorteile hätten Sie vom Krieg?« Er versicherte erneut, daß die auf Kuba stationierten Waffen ausschließlich Verteidigungszwecken dienten und dazu gedacht seien, »den Kubanern zu helfen, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selber wünschen«. Wenn die USA verbindlich erklären würden, daß sie weder mit eigenen Truppen eine Invasion in Kuba durchführen, noch andere unterstützten, die eine Invasion planen, dann hätte sich die Anwesenheit des sowjetischen Militärs auf Kuba erledigt. Im zweiten Brief erinnerte er an die Umzingelung der UdSSR mit Militärbasen und Raketenstützpunkten und kündigte an, die sowjetischen Raketen aus Kuba abzuziehen, wenn die USA ihre Jupiter-Raketen aus der Türkei entfernen würden. Gleichzeitig schlug Chruschtschow Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens über den Stopp von Atomtests vor. Die bange Frage war an diesem Freitagabend: Wann und wie werden die USA auf die Vorschläge reagieren?

Der Journalist Horst Schäfer hat elf Jahre als Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN in den USA gearbeitet. Er ist Autor des Buches »Im Fadenkreuz: Kuba« (Berlin 2007).

Teil II (und Schluß) erscheint in der morgigen Ausgabe

Den Artikel finden Sie unter: www.jungewelt.de/2012/10-16/043.php

Aus heiß wird kalt

Die Raketenkrise in der Karibik im Herbst 1962. Teil II (und Schluß): Wie ein Krieg verhindert, der Frieden aber nicht gewonnen wurde

Horst Schäfer

Am Sonnabend, dem 27. Oktober 1962, gab es zwischen USA und UdSSR eine gefährliche Zuspitzung der Raketenkrise in der Karibik. Dabei hatte der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow in der Nacht zuvor in zwei Briefen an den US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy seine Bereitschaft zum Abzug der Raketen aus Kuba erklärt, wenn die USA ihrerseits auf eine Invasion der Insel verzichten und ihre »Jupiter«-Raketen aus der Türkei abziehen würden. Am Vormittag ordnete der US-Präsident erneut eine Ausweitung der von Kuba als Provokation verurteilten Aufklärungsflüge an. Dann kam eine Nachricht, die das Executive Committee (ExComm), die Quasi-Notstandsregierung, kurz nach zehn Uhr erreichte: Ein U2-Spionageflugzeug war aus Alaska in den Luftraum der Sowjetunion eingedrungen. Gegen aufsteigende MiGs rief der Pilot sogar einen US-Kampffjet als Begleitschutz zur Hilfe, der nach US-Aussage mit atomaren Luft-Luft-Raketen bewaffnet war. Verteidigungsminister Robert McNamara soll totenbleich geworden

sein und gerufen haben: »Das bedeutet Krieg mit der Sowjetunion!«

Am Nachmittag kam die zweite Hiobsbotschaft: Eine U2 war über Kuba von einer sowjetischen Boden-Luft-Rakete getroffen worden, stürzte ab, und der Pilot fand den Tod. Obwohl das US-Militär durch Generalstabschef Maxwell Taylor drängte, den Abschluß mit sofortigen Bombardements der Raketenstellungen und der Invasion Kubas zu beantworten, lehnte der Präsident ab. Im Pentagon, so hieß es in Berichten, sei man darüber »entsetzt« gewesen. McNamara schlug vor, auf den Handel »Kuba-Raketen gegen Türkei-Raketen« einzugehen, aber »nur als Einleitung zu einer Invasion Kubas«. Luftwaffengeneral Curtis LeMay, so erklärte der Pentagon-Chef 2004, habe damals unter Hinweis auf die große nukleare Überlegenheit der USA über die Sowjetunion sogar erklärt: »Laßt uns Kuba vollständig zerstören – wir sollten es heute noch auslöschen.«

Auf Anweisung des Präsidenten wurden dann weitere 14200 Reservisten der Luftwaffe einberufen. Der Verteidigungsminister forderte, »eine neue Regierung für Kuba bereitzuhalten, denn wir brauchen sie«. Justizminister Robert Kennedy schilderte die Situation später so: Man habe an diesem Sonnabend zwar auf eine Verhandlungslösung gehofft, »wir erwarteten aber eine militärische Konfrontation am Dienstag.«

Übergang zur Sabotage

Am Abend des 27. Oktober beschloß die Runde dann doch, als Antwort auf den ersten Brief Chruschtschows eine Zusicherung des Verzichts auf eine Invasion zu geben, wenn die sowjetischen Raketen abgezogen würden. Auf die »Jupiter«-Stellungen in der Türkei ging der Brief nicht ein. Doch am selben Abend traf sich Justizminister Kennedy ohne Wissen der meisten ExComm-Mitglieder noch privat mit dem sowjetischen Botschafter Anatoli F. Dobrynin, um ihm im Auftrag des Präsidenten zu versichern, daß die USA unter der Bedingung, daß es nicht publik werde, ihre Raketen in der Türkei etwa drei Monate nach dem Ende der Krise abbauen würden. Bereits am nächsten Morgen um neun Uhr traf die Antwort Chruschtschows ein. Um den friedensgefährdenden Konflikt rasch zu beenden, so teilte er mit, habe seine Regierung angeordnet, die Waffen, »die Sie als ›offensiv‹ beschreiben, abzubauen (...) und in die Sowjetunion zurückzubringen«. Damit war die 13 Tage währende Raketenkrise zwar beendet – aber die Feindseligkeiten der USA gegen Kuba gingen weiter, oder, wie es Fidel Castro Anfang 1963 aus kubanischer Sicht formulierte: »Ein Krieg wurde verhindert, aber der Frieden ist nicht gewonnen.« Bis heute nicht, wie wir inzwischen wissen.

Wie richtig die Einschätzung Castros damals war, geht auch aus US-Dokumenten hervor. Schon am 29. Oktober, nachdem der Abbau der Raketenstellungen bereits begonnen hatte, informierte das Hauptquartier der atlantischen Streitkräfte (CINCLAND) den Generalstab, daß die Invasionsplanung »modifiziert« worden sei und auch den Einsatz taktischer Atomwaffen vorsehe – weil angeblich auch die kubanische Armee damit ausgerüstet sei. Hohe Militärs forderten, trotz der Raketenvereinbarung mit den Angriffen gegen Kuba zu beginnen. Am 5. November machte Präsident Kennedy den Verteidigungsminister darauf aufmerksam, daß die Invasionspläne für Kuba »zu dünn sind«. Es sollten drei weitere Divisionen der Reservisten mobilisiert werden – was auch zwei Tage später geschah. Am 8. November wurde eine kubanische Fabrik durch ein CIA-Sabotageteam in die Luft gesprengt.

Während am 9. November 1962 das letzte sowjetische Schiff mit abgebauten Raketenteilen Kuba verließ, führten die USA am 16. November ein großes Landemanöver in North-Carolina durch, das in einem CINCLAND-Dokument als »vollständige Probe für eine Invasion Kubas« bezeichnet wird. Die US-Schiffsblockade wurde erst am 20. November aufgehoben. Die US-Invasionsoperation »Mongoose«, die zur Raketenkrise geführt hatte, ist zwar Ende Januar 1963 offiziell beendet worden, aber zahlreiche CIA-Strukturen für die Verübung von Sabotage und Mordanschlägen gegen Fidel Castro blieben auf Drängen der US-Regierung bestehen.

Eine wichtige Rolle in der »Operation Mongoose« spielte die von der USIA, der offiziellen Informationsagentur der Regierung, gesteuerte psychologische Kriegführung. Bei allen wichtigen Geheimsitzungen waren entweder Direktor Edward Murrow oder sein Vize Donald Wilson dabei. Murrow, einer der berühmtesten US-Rundfunkjournalisten, schlug zum Beispiel am 10. Dezember

1962 – fast sieben Wochen nach dem offiziellen Ende der Raketenkrise und am Internationalen Tag der Menschenrechte – dem CIA-Chef in einem Schreiben vor, Exilkubaner über das US-Regierungsradio »Voice of America« ihre Landsleute zu Sabotageaktionen aufrufen zu lassen. Die CIA müßte »eine gewisse Führung und Kontrolle über die Sendungen« garantieren. Folgende Aktionen sollten über den Rundfunk propagiert werden: »Glas und Nägel auf Straßen legen, Wasser in öffentlichen Gebäuden laufen lassen, Sand in Maschinen streuen, Elektrizität vergeuden, Krankenurlaub nehmen, Vernichtung von Zuckerrohr während der Ernte usw.« Ausgestrahlt werden sollten die Beiträge über zwei Sendeanlagen in Florida, die auf Anweisung von Präsident Kennedy im November, also wenige Tage nach Beendigung der Raketenkrise, in Betrieb genommen wurden, sowie über das von einem US-U-Boot aus betriebene »Radio Freies Kuba«.

Nicht nur Kuba im Visier

Liest man die Dokumente des Weißen Hauses und der CIA über die geheimen Aktivitäten der USA in den Wochen vor der Raketenkrise, dann fällt auf, daß Kuba damals nicht das einzige Ziel der US-Interventionspolitik war. Am 30. Juli empfing der US-Präsident seinen Botschafter in Brasilien, um die Beeinflussung der brasilianischen Wahlen zu besprechen und einen Militärputsch zum Sturz von Präsident João Marques Goulart vorzubereiten. Acht Millionen Dollar stellte die USA dafür bereit. Während der Raketenkrise wurde Umsturzspezialist Vernon Walters, später CIA-Vizechef und US-Botschafter in Bonn (1989–1991), als »Militärattaché« nach Brasilien geschickt. Dort bezeichneten ihn Zeitungen als »Chefspezialisten des Pentagon für Militärputsche«. Goulart paßte Washington nicht, weil er unter anderem eine Bodenreform durchsetzen wollte. Im März 1964 wurde er durch einen Militärputsch mit US-Hilfe abgesetzt. Die Militärdiktatur in Brasilien wütete 20 Jahre.

Die US-Unterstützung für den Einsatz Hunderter »Nationalchinesen aus Taiwan« als Agenten in China stand am 8. August bei einem Besuch von CIA-Chef John McCone im Weißen Haus auf der Tagesordnung. Der Präsident hieß den Einsatz gut. Einen Tag später ging es darum, den Diktator von US-Gnaden in Haiti, Francois Duvalier, zu stürzen. Washington trieb die Sorge um, daß diesem ähnliches passieren könnte wie drei Jahre zuvor Fulgencio Batista in Kuba, der von der Revolution hinweggefegt worden war. Präsident Kennedy billigte die »Operation Duvalier«. Ein Jahr zuvor war der Diktator der Dominikanischen Republik, Rafael Leónidas Trujillo, aus dem gleichen Grund und mit direkter Unterstützung der USA ermordet worden. Am 15. August 1962 wurde im Weißen Haus beschlossen, den Ministerpräsidenten von Britisch-Guyana, Cheddi Berret Jagan, mit CIA-Hilfe zu stürzen, weil seine Politik als »zu links« galt. Kennedy genehmigte dafür zwei Millionen Dollar. In derselben Sitzung ging es dann, ehe man sich wieder der bevorstehenden Militäraktion gegen Kuba widmete, um eine neue CIA-Doktrin, die in einem Dutzend Staaten in Asien und Südamerika »verdeckte Operationen« der USA vorsah.

Der Bau von Abschubrampen für sowjetische Mittelstreckenraketen in Kuba wird heute zumeist als aggressive Handlung dargestellt, die Präsident Kennedy herausgefordert und den Frieden gefährdet habe. Die Ursache für die Stationierung, die drohende US-Invasion Kubas, wird gern ausgeblendet. Samuel Halpern von der CIA-Spezialabteilung für das »Mongoose«-Unternehmen begriff jedoch diesen Zusammenhang zwischen den US-Plänen von Februar 1962 und der Raketenstationierung. Acht Monate vor der Raketenkrise war schließlich von »Mongoose«-Chef General Edward Lansdale festgelegt worden, daß die Invasion Kubas im Oktober stattfinden solle. Der CIA-Mann bestätigte auch, daß Ende Oktober als Zeitpunkt für die Invasion gewählt wurde, weil im November Wahlen waren. Gegenüber einem Vertreter des Nationalen Sicherheitsarchivs in Washington erklärte Halpern: »Der interessante Teil dieses Programms (»Mongoose«) kommt ziemlich zum Schluß, wenn er (General Lansdale) die (Exil-)Kubaner und die (US-)Amerikaner in der letzten Oktoberwoche 1962 siegreich durch Havanna marschieren sieht – und Castro ist verschwunden. Wenn man dann ein wenig genauer in den Kalender schaut, die Woche darauf, da sollten in diesem Land Kongreßwahlen stattfinden (...).«

Dieser Zusammenhang zwischen dem Invasionsplan »Mongoose« und der Raketenstationierung ist auch für den Luftwaffengeneral William Smith ersichtlich. »Viele Leute in Kuba haben gemerkt, daß irgend etwas los war – die Versuche, Castro zu vernichten; das Militär der Vereinigten Staaten

führte viele Manöver durch, die den Eindruck vermittelten, daß wir eine Invasion Kubas planten«, erklärte der hohe Militär gegenüber dem Nationalen Sicherheitsarchiv. »Die Kubaner und die Russen glaubten, daß die USA wirklich beabsichtigen, Kuba anzugreifen, und deshalb hat Castro immer wieder gesagt, ich brauche Hilfe.« Aus neueren Veröffentlichungen geht auch hervor, daß sowohl die Sowjetunion als auch Kuba durch Informanten in den USA über die Invasionspläne im Rahmen der »Operation Mongoose« Bescheid wußten.

Die Planungen im Vorfeld

Bei der Beantwortung der Frage, wer denn im Oktober 1962 die Welt an den Abgrund eines Nuklearkrieges getrieben hat, könnten auch die inzwischen freigegebenen Protokolle der ersten Krisendebatten der US-Regierung helfen. Am 16. Oktober um 11.50 Uhr, auf der allerersten Notstandssitzung im Weißen Haus nach Identifizierung der noch im Bau befindlichen sowjetischen Raketenstellungen, erklärte Außenminister Dean Rusk: »(...) warum die Sowjets das tun? Mr. McCone (der CIA-Chef) hat schon vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß da eine Sache ist, die Mr. Chruschtschow vielleicht beabsichtigt. Er weiß, daß wir eine beträchtliche nukleare Übermacht haben, er weiß aber auch, daß wir nicht in Furcht vor seinen Nuklearwaffen leben, zumindest nicht in dem Ausmaß, in dem er in Furcht vor unseren zu leben hat. Und wir haben Nuklearwaffen in (seiner) Nähe, in der Türkei und ähnlichen Orten (...). Und Mr. McCone hat die Meinung geäußert, daß Chruschtschow vielleicht denkt, es sei wichtig für uns zu erfahren, wie es sich unter (der Bedrohung durch) Mittelstreckenraketen lebt, so als eine Art Ausgleich.«

Am nächsten Tag – es waren seit der Nachricht über die entdeckten Raketen gerade 24 Stunden vergangen – griff Justizminister Kennedy auf einer weiteren Sitzung das Thema unter einem etwas anderen Blickwinkel erneut auf. Er fragte, ob die westeuropäischen Staaten, die ja seit Jahren von sowjetischen Raketen erreicht werden könnten, angesichts der US-Haltung zu den sowjetischen Raketen in Kuba nicht die Position einnehmen würden: »Jetzt, wo die USA ein paar Raketen in ihrem Hinterhof haben, werden sie hysterisch.«

Bereits sieben Monate vor Beginn der Oktoberkrise, am 22. März 1962, hatte Robert Kennedy alle Beteiligten der »Operation Mongoose« aufgefordert, über die US-Reaktion auf eine mögliche Errichtung einer sowjetischen Militärbasis in Kuba nachzudenken. General Lansdale, der Verfasser des Invasionsplanes, antwortete darauf am 31. Mai mit dem Hinweis, daß damit jede US-Invasion verhindert würde. »Da die SGA (die Führungsgruppe im Weißen Haus für »Mongoose«) davon ausgeht, daß der offene Einsatz von US-Streitkräften nötig ist, um die kommunistische Kontrolle Kubas zu beenden, ist Mr. Kennedys Frage besonders sachdienlich. Sollten die Sowjets nämlich ihre Option wahrnehmen und (...) eine Militärbasis in Kuba errichten, kann dieser Vorgang jede künftige Entscheidung verhindern, mit US-Streitkräften zu intervenieren – ebenso wie die Sowjets sich jeder Anwendung von militärischer Gewalt gegen Länder enthalten haben, in denen US-Basen errichtet wurden. Außerdem wäre die Errichtung einer Militärbasis in Kuba für die Sowjets in bezug auf die Weltmeinung keine Belastung. Sie könnten zum Beispiel erklären, daß sie einfach nur unserem Beispiel folgten und ihre Basen in Kuba wieder beseitigen würden, wenn wir das gleiche in Berlin, der Türkei und auf Formosa tun.« Verteidigungsminister McNamara räumte vor einigen Jahren ein, daß angesichts des Verhaltens der USA »die Angst vor einer US-Invasion« aus Sicht der Kubaner und Russen durchaus verständlich gewesen sei.

Interessant ist auch eine Chronologie des Nationalen Sicherheitsarchivs in Washington über die Vorgeschichte der Stationierung sowjetischer Raketen in Kuba, nämlich der enge Zusammenhang mit der Stationierung der US-Raketen in Süditalien und der Türkei: Nachdem die »Jupiter«-Raketen in der Türkei Anfang April 1962 für »einsatzbereit« erklärt wurden, habe Chruschtschow Ende April die Frage gestellt, ob nicht entsprechende Waffen auf Kuba stationiert werden könnten, um die USA von einer Invasion abzuschrecken. In Moskau erfuhr der sowjetische Führer nicht nur Zustimmung für seine Idee. So sollen Vizepräsident Anastas I. Mikojan, Außenminister Andrej A. Gromyko und der neue sowjetische Botschafter in Kuba, Alexander Alexejew, ablehnend reagiert haben. Zwei große US-Manöver im Mai, die die US-Vorbereitungen für die Invasion Kubas testen sollten und nicht unbemerkt blieben, wirkten sich offenbar beschleunigend für die sowjetischen Pläne aus.

Am 29. Mai 1962 flog eine sowjetische Delegation nach Kuba, um den Plan mit Fidel Castro zu

erörtern. Der fand die Idee »interessant«, stimmte aber erst nach Beratungen mit Che Guevara, Raúl Castro, Präsident Oswaldo Dorticós und Außenminister Raúl Roa zu. Nach Darstellung des Nationalen Sicherheitsarchivs gingen die ersten Raketen Mitte Juli 1962 auf die Reise nach Kuba. Am 30. August schlug Che Guevara bei einem Besuch der Sowjetunion Chruschtschow vor, die Stationierung der Raketen in Kuba offiziell anzukündigen. Der lehnte jedoch ab.

Präsident Kennedy schien sich des Zusammenhangs der US-Raketen in Italien und der Türkei mit den Aktivitäten der UdSSR ebenfalls bewußt zu sein. Zumindest forderte er vom Pentagon schon am 23. August 1962 eine Untersuchung, »was unternommen werden müsse, um die »Jupiter«-Raketen aus der Türkei abzuziehen«. Vielleicht erinnerte er sich auch, daß sein Vorgänger Dwight D. Eisenhower auf die ersten Stationierungspläne der US-Militärs 1959 in der Türkei zurückhaltend bis ablehnend reagiert und sie einen »provokativen Schritt« genannt hatte, der einer Stationierung von sowjetischen Raketen in »Mexiko oder Kuba« entspreche.

Adenauer und Gehlen zündeln mit

Für Präsident Kennedy war es während der Krisentage wichtig, sich der Zustimmung der wichtigsten NATO-Bündnispartner für seine Politik zu vergewissern. Deshalb schickte er seine Emissäre in viele Hauptstädte Westeuropas. Der ehemalige Außenminister Dean Acheson, ein Hardliner und Befürworter der sofortigen Invasion Kubas, war am 23. Oktober in Bonn und fand bei Bundeskanzler Konrad Adenauer vollste Unterstützung. In der kürzlich gesendeten Dokumentation »Adenauers Kampf um die Bombe« erklärte Adenauers Biograph Prof. Hans-Peter Schwarz zur Haltung des westdeutschen Bundeskanzlers während der Raketenkrise: »Wir wissen, daß Adenauer dafür plädiert hat, (...) eine Bombardierung der Raketenstellungen auf Kuba in Verbindung mit einer Invasion« durchzuführen. Adenauer und sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß hofften ebenso, durch ihre bedingungslose Unterstützung für die US-Regierung ihrem Wunsch nach Atomwaffen näherzukommen.

Adenauers Position zur Kubakrise entsprach mehreren Vorlagen des Chefs der Auslandsspionage BND, Exnazigeneral Reinhard Gehlen, an die Bundesregierung. Der hatte, dank seiner Spitzel in Kuba selbst gut informiert, auf einen »militärischen Präventivschlag« der USA gegen die »gefährliche kommunistische Bastion« Kuba gedrängt. Das wird aus bisher geheimen Dokumenten deutlich, die die Arbeitsgruppe »Geschichte des BND« am 12. Oktober 2012 veröffentlichte. Daraus geht weiter hervor, daß Gehlen in einem Bericht an Staatssekretär Hans Globke am 29. Oktober 1962 seine Enttäuschung über die ausgebliebene US-Invasion Kubas so ausdrückte: »Die Amerikaner haben die Frist, in der sie (...) handeln konnten, durch die Entschlußlosigkeit der amerikanischen Führung verpaßt.« Wenige Tage zuvor hatte der BND beklagt, daß die USA »die Garantie der staatlichen Integrität Kubas und den Verzicht auf eine Invasion als Gegenleistung für den Abzug der Atomraketen« versprochen hatten. Die BND-Dokumente verdeutlichen darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Geheimdienst und der CIA im Kampf gegen die kubanische Revolution.

Die Bundesregierung in Bonn nutzte die Tage der Raketenkrise auch, um im Schatten der Ereignisse in der Karibik eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen. Am 24. Oktober 1962 fand eine Sondersitzung der Regierung statt, um über die Krise zu beraten und gleich die ins Stocken geratene Verabschiedung der Notstandsgesetze zu beschleunigen. Das habe natürlich überhaupt nichts mit der aktuellen Lage zu tun, behauptete Pressechef Karl-Günther von Hase später vor Journalisten. Auf einer weiteren Sondersitzung fünf Tage später teilte Verteidigungsminister Strauß mit, sein Ministerium habe »Maßnahmen zur Beschleunigung von Waffen- und Munitionskäufen angeordnet« und bereits am 27. Oktober »durch Erlaß« die Dienstzeit von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften auf Zeit um bis zu zwei Monate verlängert.

Der Höhepunkt der Raketenkrise kam Bonn offenbar gelegen, um gegen das Nachrichtenmagazin Der Spiegel vorzugehen. In der Nacht zum 27. Oktober überfiel die Polizei die Redaktion der Zeitschrift, führte auf Anweisung der Bundesanwaltschaft wegen angeblichen »Landesverrats« in einem Wochen zuvor veröffentlichten Artikel eine Haussuchung durch und verhaftete mehrere Redaktionsmitglieder. Herausgeber Rudolf Augstein, der sogar mit Haftbefehl gesucht wurde, stellte sich am nächsten Tag. Strauß befahl telefonisch »auch im Namen des Kanzlers« dem

westdeutschen Militärattaché in Spanien mitten in der Nacht, den stellvertretenden Chefredakteur Conrad Ahlers in seinem Urlaubsort Torremolinos festnehmen zu lassen. Das sei auch deshalb sehr wichtig, so Strauß allen Ernstes, weil Spiegel-Chef Augstein bereits nach Kuba geflohen sei!

Unmittelbar vor seiner Festnahme hatte Augstein für den Spiegel einen Kommentar zur Raketenkrise geschrieben, der die US-»Weltmachtpolitik aus dem Sattel« kritisierte. In Gegensatz dazu stand ein Kommentar von Theo Sommer in der Wochenzeitung Die Zeit, der eher im Geiste des BND beklagte, daß mit dem Abzug der Raketen aus Kuba »der Schlange nur die Giftzähne ausgebrochen werden«, denn »die kommunistische Präsenz in Lateinamerika wurde bestätigt – Kennedy hat sich ausdrücklich verpflichtet, dem Gedanken an eine Invasion der Castro-Insel abzuschwören«. Das sei, so der spätere Herausgeber der Zeit, »das Ende einer Politik des Zurückrollens und der Befreiung«.

Augstein dagegen nannte die US-Politik gegen Kuba einen »kriegsähnlichen Akt der Blockade«, denn »schließlich hat Castro den Vereinigten Staaten die Abrüstung seines Landes angeboten, sofern ihm eine völkerrechtlich bindende Nichtangriffserklärung gegeben würde«. Und weiter: »Die Unterscheidung zwischen ›bösen‹ Angriffsraketen der Sowjets und ›guten‹ Verteidigungsraketen der NATO in der Türkei und in Italien verrät eine bedenkliche Mischung aus moralisierendem Extremismus und propagandistischem Pharisäertum.« Die USA, so das vernichtende Urteil des Spiegel-Herausgebers, hätten in der Karibik »eine Faustrecht-Philosophie exerziert« und die westliche Welt so regiert, »wie man es in Texas gern sieht: aus dem Sattel«.

Der Journalist Horst Schäfer hat elf Jahre als Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN in den USA gearbeitet. Er ist Autor des Buches »Im Fadenkreuz: Kuba«, Berlin 2007.

Teil I erschien in der gestrigen Ausgabe

Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2012/10-17/008.php>

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/GEFAEHRLICHE-TAGE-AM-ABGRUND/](http://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/GEFAEHRLICHE-TAGE-AM-ABGRUND/)